

Neuburg, den 13. August 2025

**Antrag der EAG-Evangelische Arbeitsgemeinschaft für soziale Fragen in
Bayern und Thüringen**

Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen (BBG) in der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung zur Stärkung der Sozial- und Solidarversicherung

Antragstext

Die Delegiertenversammlung der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für soziale Fragen in Bayern und Thüringen (EAG e.V.) fordert die neue Bundesregierung auf, die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Kranken- und Pflege- und Rentenversicherung zeitnah auf einheitlich 8050 € festzulegen.

Eine Unterscheidung zwischen Ost und West ist nicht erforderlich.

Gleichzeitig ist zu klären, wie der Fortbestand der Sozialsysteme gesichert werden kann – ohne Abstriche bei Infrastruktur, Bildung und Kultur, Verteidigung u.v.a. – falls die Bundesregierung eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen nicht unterstützt.

Begründung:

Die Beträge sind aktuell nicht ausreichend und vor allem die Pflegekassen – leiden unter den enormen finanziellen Belastungen bzw. Herausforderungen. Daher ist eine Erhöhung zwingend und dringend erforderlich.

§ 159 SGB VI regelt die Höhe der Beitragsbemessungsgrenze in der **Rentenversicherung**. Diese Grenze wird jedes Jahr aufgrund des **Jahresdurchschnittseinkommens** (also des Durchschnittsverdienstes der in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer) angepasst.

§ 223 SGB V regelt die Beitragsbemessungsgrenze der **Krankenversicherung**. Diese wird jährlich auf Grundlage des **Gesamtwachstums der Löhne und Gehälter** sowie der **Durchschnittseinkommen** der gesetzlich Versicherten festgelegt.

§ 53 SGB XI regelt die Beitragssätze und Bemessungsgrenzen in der Pflegeversicherung.

Vorteile einer Erhöhung:

Seite 1 von 2

Evangelische Arbeitsgemeinschaft für soziale Fragen in Bayern und Thüringen e.V.

1. **Stärkung der Solidargemeinschaft:** Die finanzielle Beteiligung höherer Einkommen stärkt das Fundament der Umlagefinanzierung.
2. **Langfristige Stabilität:** Mehr Einnahmen stabilisieren Beiträge.
3. **Soziale Gerechtigkeit:** Ein Symbol für Fairness – wer mehr verdient, trägt mehr bei.

Dringlichkeit der Erhöhung:

- **Demografischer Wandel:** Es bestehen massive Stabilitätsrisiken durch sinkende Geburtenraten und steigende Lebenserwartung.
- **Reale Einkommensentwicklung:** Ein weiteres Aufschieben lässt die Belastung für Ärmere und die Mittelschicht spürbar ansteigen.
- **Gefahr für die Pflege- und Gesundheitsversorgung sowie das Rentenniveaus**

Adressaten:

- Fraktionen der Parteien im Deutschen Bundestag

Zur Kenntnis:

- Evangelisch-Lutherische Landeskirche Bayern (ELKB)
- Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und VELKD
- Bundesverband und Landesverband Bayern der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen (ACA)
- Evangelischer Verband Kirche - Wirtschaft – Arbeitswelt e.V. (KWA)

A handwritten signature in blue ink, reading 'Bernhard Dausend', is positioned above the printed name.

Bernhard Dausend

EAG Vorsitzender